



ISS informiert

Der Newsletter des Instituts für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e. V.

■ Oktober 2012 | Heft Nr. 3/2012

Von alleine wächst sich nichts aus – Folgen von Armut in Kindheit und Jugend

Die vierte Phase der AWO-ISS-Langzeitstudie „Kinder- und Jugendarmut“ ist abgeschlossen. Die Ergebnisse präsentierte die Arbeiterwohlfahrt zusammen mit dem ISS-Frankfurt a. M. auf einer Bundespressekonferenz am 25. September 2012. Ein immenses Medienecho folgte. Im anschließenden zweitägigen Fachforum wurden die Forschungsergebnisse erstmals einem Publikum aus AWO-Fach- und Leitungskräften, Aktiven in der Studie sowie Vertreterinnen und Vertreter aus Wissenschaft, Politik und Fachpraxis vorgestellt.



Wolfgang Stadler, Vorstandsvorsitzender des AWO Bundesverbandes e. V. (m.) und Gerda Holz, Projektleiterin im ISS-Frankfurt a. M. (f.) stellen die AWO-ISS-Langzeitstudie am 25. September auf der Bundespressekonferenz in Berlin vor. Die Journalistin Bettina Freitag (r.) moderierte die Konferenz. © AWO Bundesverband

Das große Interesse der Medien an den Ergebnissen der AWO-ISS-Langzeitstudie zeigt, dass sich die Gesellschaft mit Kinder- und Jugendarmut auseinandersetzt. Dieses Interesse braucht es auch. Denn Armut ist in Deutschland nicht erst seit gestern ein wachsendes Problem. Schon seit 15 Jahren forscht das ISS-Frankfurt a. M. im Auftrag der AWO und gefördert durch Mittel der GlücksSpirale zu dem gesellschaftlich wichtigen Thema „Lebenslagen und Zukunftschancen von (armen) Kindern in Deutschland“. In der AWO-ISS-Langzeitstudie wurden Kita-Kinder bis zum Jugendalter am Ende der Sekundarstufe I vom ISS-Frankfurt a. M. wissenschaftlich begleitet. Eine Menge neuer Erkenntnisse konnten dadurch gewonnen werden: Heute wissen wir somit mehr über Kinderarmut des einzelnen Kindes, aber auch über Kinderarmut in einer reichen Gesellschaft. Auskunft über Armut bei Jugendlichen und insbesondere zu den Langzeitwirkungen zu geben, war Anliegen der nun abgeschlossenen vierten Forschungsphase (2009-2012). Die zentralen Ergebnisse der Studie präsentierte

das ISS-Forschungsteam einem interessierten Fachpublikum nach der Bundespressekonferenz. Zwei wichtige Ergebnisse sollen hier vorgestellt werden:

1. Armut wirkt komplex auf das Leben von 16- und 17-Jährigen. Die stärksten Effekte finden sich bezüglich ihrer materiellen und kulturellen Lage.

2. Je länger ein junger Mensch mit Armut aufwächst, desto geringer werden die Chancen für ein Aufwachsen im Wohlergehen.

Das Fazit der anschließenden Diskussion: Mit sechs Jahren sind Prognosen möglich, Chancen vergeben und Hinweise auf soziale Unterstützung gegeben.

Am darauffolgenden Tag arbeiteten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer intensiv in fünf parallel angelegten Foren mit unterschiedlicher thematischer Ausrichtung. Die Foren-Ergebnisse bildeten die Basis weiterer Gespräche während eines World-Cafés. Ein ausführlicher Tagungsbericht wird in der nächsten iss-informiert Ausgabe (04/2012) erscheinen.

Inhalt

Schwerpunkt: Erfolgreiche Prävention durch öffentliche Verantwortung

- Von alleine wächst sich nichts aus – Folgen von Armut in Kindheit und Jugend | 1
- Editorial | 2
- Kommunale Armutsprävention ganz konkret: Was macht Monheim anders? | 2
- Prävention durch Netzwerke: Lokale Steuerungsoptionen für Angebote der Frühen Förderung | 3
- Gesundheitsversorgung: Nicht krankenversichert? Und dann? | 3
- Die Monheimer Neuelternstudie – Ansätze zum Ausbau der Frühen Förderung und Hilfe | 4
- Das Bildungs- und Teilhabepaket kommt an. Aber bei allen? | 6
- Neue ISS-Recherche zu kindbezogener Armutspräventionsansätze von Kommunen/Kreisen | 6

ISS-Service

- Fortbildungen und Fachtagungen im ISS | 7-8
- Personalien | 8

Weitere Informationen

- 🌐 Kurzpräsentation der Ergebnisse
- 🌐 Tagungsprogramm der Abschlussstagung

Der Abschlussbericht kann bestellt werden über 🌐 <http://www.iss-ffm.de/veroeffentlichungen/publikationen.html>

Ansprechpartnerinnen im ISS

- Gerda Holz
Geschäftsfeldleiterin Soziale Inklusion
☎ 069/957 98 131
✉ gerda.holz@iss-ffm.de
- Claudia Laubstein
☎ 069/957 98 126
✉ claudia.laubstein@iss-ffm.de
- Evelyn Sthamer
☎ 069/957 98 124
✉ evelyn.sthamer@iss-ffm.de

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,



der Entwurf des Armuts- und Reich-tumsbericht 2012 hat offengelegt, dass Reiche – selbst in Zeiten von Banken- und Wirtschaftskri-se – ihren Reichtum

vermehrten. Gleichzeitig wächst die Ar-mut in Deutschland. Armutsprävention wird somit zu einem der gesellschaft-lich wichtigsten Themen und muss so selbstverständlich werden wie die Prä-vention vor Gefahren und Risiken im Straßenverkehr. Warum ist die Präven-tion von Armut in Kommunen und Städ-ten aber noch nicht selbstverständlich? Weil Armut nicht verhindert werden kann? Die Ergebnisse der AWO-ISS-Langzeitstudie, die Ende September auf einer Bundespressekonferenz und einem anschließenden Fachforum in Berlin vorgestellt wurden, beweisen das Gegenteil: Kinder, die von Armut bedroht oder in Armut lebend sind, kön-nen mit der richtigen Unterstützung den Weg aus der Armut schaffen.

Diese Unterstützungsleistung kann aber nicht alleine von den Eltern erbracht werden. Auch Kommunen tragen Ver-antwortung darüber, ob arme Kinder zu armen Jugendlichen werden. Einige Kommunen haben das verstanden und entwickeln Präventionsstrategien gegen Armut wie die Stadt Monheim mit der Präventionskette „Mo.Ki“.

Für Kommunen gibt es viele Möglichkei-ten, Armut entgegenzuwirken. Die the-matische Bandbreite der Artikel in die-sem iss-informiert spiegelt das wider. Vielleicht gibt es in Ihrer Kommune schon Konzepte zur Armutsprävention. Dann lassen Sie uns davon wissen: Wir nehmen sie gerne in unserer Recherche (siehe S. 6) auf.

Herzliche Grüße

Hans-Georg Weigel
Direktor des ISS

Kommunale Armutsprävention ganz konkret: Was macht Monheim anders?

Seit zehn Jahren wird in der Stadt Monheim am Rhein an einer präventionsorien-tierten Infrastruktur für Kinder und Jugendliche gearbeitet. Den Impuls hierfür gab die fachliche Erkenntnis, dass den Folgen von Kinderarmut anders entgegen-zuwirken ist, als bis dato in der Praxis üblich. Grund zum Handeln ergab sich für die Stadt Monheim auch durch die stetige Zunahme der Ausgaben für die statio-näre Kinder- und Jugendhilfe.



Entscheidend für den Entwicklungsprozess der Monheimer Präventionsstrategie war das Verständnis, dass Kinder und ihre „Pro-bleme“ keinesfalls nur individuell betrach-tet werden können, sondern dass Benach-teiligung zuerst gesellschaftlich begründet ist und die Entwicklungsbedingungen von Kindern prägt. Es folgte der Entschluss, künftig in Prävention und soziale Inklusion zu investieren. Hierfür wurden durch die Kommune Bedingungen formuliert:

- Angesprochen sind stets alle Familien, ganz besonders wird darauf geachtet, dass benachteiligte Familien beteiligt sind.
- Grundprinzip ist die Förderung der Kin-der und die Unterstützung ihrer Eltern.
- Grundhaltungen sind Wertschätzung und Respekt sowie aktives Zugehen.
- Angebote sollen zu einer verlässlichen Begleitung in Kindheit und Jugend führen.
- Die Infrastruktur zeichnet sich durch ab-gestimmte und vernetzte Arbeit aller re-levanten Akteure vor Ort aus, koordi-niert durch das städtische Jugendamt.

Damit war „Mo.Ki – Monheim für Kinder“ als Gesamtstrategie geboren und aus einer Vision entstand die Präventionskette „Von der Ge-burt bis zum erfolgreichen Berufseinstieg“.

Die Präventionskette zeichnet sich durch unterschiedliche Querschnittsthemen und -aufgaben aus. Themen sind beispielsweise Integration und Gesundheitsförderung. Zu den Querschnittsaufgaben gehören neben

anderen der Taff-Elternkurs als Training, Anleitung, Förderung von und für Familien, die Erziehungs- und Entwicklungsberatung durch Marte Meo® (eine videogestützte Beratungsmethode) sowie die Entwicklung von Netzwerken.

„Mo.Ki 0 – Frühes Fördern von Anfang an“ wurde von 2009 bis 2011 erprobt. Es verknüpft Dienstleitungen in Form von Erstbe-such, Familienhebamme, Eltern-Café und Bildungsbegleiterin. Die ISS-Evaluation er-gab unter anderem, dass fast alle Eltern (85%) nach der Geburt zuhause besucht wurden, mehr als die Hälfte anschließend mindestens ein Mo.Ki 0-Angebot nutzten, 40% das „Café und mehr“ besuchten und mehr als jede vierte Familie Kontakt zur Bil-dungsbegleiterin hatte. Ganz besonders gut wurden so die „unsicheren“ und immer besser die „(Hoch)Risikofamilien“ erreicht (siehe dazu den Artikel auf S. 4-5).

In die Präventionskette investiert die Mit-telstadt Monheim mit gut 43.000 Einwoh-nerinnen und Einwohnern derzeit rund 560.000 Euro pro Jahr. Zusammen mit Dor-magen setzt Monheim damit einen Maß-stab in Nordrhein-Westfalen bezüglich der Ausgaben der Hilfen zur Erziehung, mit ei-nem sehr hohen Anteil ambulanter Hilfen.

Ansprechpartnerin im ISS

Gerda Holz
Geschäftsfeldleiterin Soziale Inklusion
☎ 069/957 98 131
✉ gerda.holz@iss-ffm.de

Prävention durch Netzwerke: Lokale Steuerungsoptionen für Angebote der Frühen Förderung

Eltern sollen mit Angeboten der Frühen Förderung möglichst frühzeitig erreicht werden – bestenfalls schon während der Schwangerschaft –, um eventuell vorhandene Risiken abzuschwächen, welche die Entwicklung des Kindes negativ beeinflussen könnten. Damit verfolgen diese Angebote einen präventiven Ansatz.

Für alle Familien sollen die Angebote der Frühen Förderung offen sein. Wichtig ist jedoch, dass insbesondere jene Familien auf sie zugreifen können, die sich in belasteten Lebenslagen befinden sowie von Armut bedroht oder in Armut lebend sind und nur eingeschränkt Zugang zu bestehenden Angeboten haben. Daher muss der Blick darauf gelenkt werden, in welche Systeme und Strukturen die Angebote eingebettet sind, wie Zugänge gestaltet und wie Angebote gesteuert werden. Eine besondere Bedeutung kommt hierbei lokalen Netzwerken zu. Diese Netzwerke müssen gesteuert und koordiniert werden, damit sie ziel- und ergebnisorientiert arbeiten können.

Nicht nur die Angebote Früher Förderung, sondern auch die lokalen Strukturen und Netzwerke Früher Förderung nehmen derzeit die Stadt München mit ihrem Projekt „Familienlotsen: Koordinierungsstellen der Frühen Förderung – Zugänge für alle“ in den Blick. Das Projekt wird vom ISS-Frankfurt a.M. evaluiert. Ziel des Projektes ist es, über lokale Koordinierungsstellen den Eltern und Kindern den Zugang zu Angeboten der frühen Förderung an



dreier ausgewählten Standorten zu erleichtern. Um das Ziel zu erreichen, werden bestehende regionale Netzwerkstrukturen miteinbezogen. Die sogenannten Regionalen Netzwerke für Soziale Arbeit in München, kurz REGSAM, sind regional differenziert und haben eine Netzwerkstruktur mit zahlreichen themenspezifischen Arbeitskreisen entwickelt. Bei den Netzwerken handelt es sich vornehmlich um Informationsnetzwerke mit freiwilliger Teilnahme, in denen relevante Akteure der Frühen Förderung mit unterschiedlichem Engagement aktiv sind. Weil die Steuerung und Anpassung von Angeboten in losen Netzwerkstrukturen schwierig ist, werden die beste-

henden Strukturen durch die Koordinierungsstellen in kommunaler Trägerschaft ergänzt, die hier als wichtiger Impulsgeber für die Entwicklung und Steuerung bedarfsgerechter Angebote fungieren. Die Koordinierungsstellen bilden zudem eine Schnittstelle zwischen Eltern und Angeboten der Frühen Förderung: Sie sind einerseits in engem Austausch mit den lokalen Akteuren und haben einen Überblick über Strukturen und Angebote der Frühen Förderung, andererseits sind sie im Kontakt mit den Eltern und wissen um deren Bedarfe und Wünsche. Sie verfügen so über das Wissen und die Möglichkeit, auch innerhalb der bestehenden Netzwerke als Impulsgeber zu agieren und die Entwicklung gemeinsamer Angebote anzustoßen. Diese Funktion kann perspektivisch auch die Qualität der Netzwerke verändern und dazu beitragen,

dass aus Informationsnetzwerke mit der Zeit Produktionsnetzwerke entstehen, in denen kontinuierlich gemeinsame Angebote und Aktivitäten entwickelt und umgesetzt werden.

Hinweis

Die abschließenden Ergebnisse der Evaluation der Münchner Koordinierungsstellen werden voraussichtlich Anfang nächsten Jahres vorliegen.

Ansprechpartner im ISS

Ludger Stallmann

☎ 069/957 98 133

✉ ludger.stallmann@iss-ffm.de

Gesundheitsversorgung: Nicht krankenversichert? Und dann?

In Deutschland haben 137.000 Bürgerinnen und Bürger keine Krankenversicherung. Hinzu kommt eine hohe Dunkelziffer an Menschen ohne rechtlichen Aufenthaltsstatus. Was ist, wenn diese Menschen erkranken? Wie können gesundheitliche Beschwerden von Asylbewerbern, Statuslosen und nicht-versicherten EU-Bürgern behandelt werden, die nicht als „Notfall“ eingestuft werden können?

Einige Städte, wie etwa Mainz oder München, haben Strukturen aufgebaut, die eine Gesundheitsversorgung ihrer Bürgerinnen und Bürger garantieren. Manche Städte verfolgen darüber hinaus eine Legalisierung des Aufenthaltsstatus.

Fonds/ Stiftung

Finanzierung von Kosten medizinischer Maßnahmen und Therapien, die nicht durch gesetzliche Regelungen (wie etwa Notfälle) abgedeckt sind.

Clearingstelle/ Beratung

Anonyme Klärung des Versicherungs- und Aufenthaltsstatus: Geklärt wird, ob eine medizinische Versorgung durch die geltenden Sozialleistungsgesetze getragen werden kann und ob Möglichkeiten der medizinischen Versorgung sowie der Legalisierung des Aufenthaltsstatus bestehen.

Anonymer Krankenschein/ Anonyme Krankenkassenkarte

Anonymer Krankenschein für Personen ohne legalen Aufenthaltsstatus: Über die vergebene Krankenscheinnummer erfolgt eine Abrechnung der entstandenen Kosten über das Sozialamt. Anspruch auf medizinische Leistungen bestehen in Notfällen, in der Schwangerschaft und bei schwerer Erkrankung (Reiseunfähigkeit).

Reguläre Krankenkassenkarte für Asylbewerber: Um die Gleichstellung zu betonen, weist lediglich die Chipkartennummer den eingeschränkten Behandlungsstatus nach dem Asylbewerberleistungsgesetz aus.

Darüber hinaus gibt es von einzelnen Einrichtungen/Personen aus bilaterale Vereinbarungen mit Krankenkassen, Ärzten oder Krankenhäusern. Zum Beispiel wird in Mainz den Patienten des Arztmobils die Praxisgebühr erlassen.

Die Monheimer Neuelternstudie – Ansätze zum Ausbau der Frühen Förderung und Hilfe

Angebote vom Tag der Geburt an – wer sie nicht benötigt, wird sich dennoch freuen; wer sie braucht, wird heilfroh sein. – So kommentierte der Journalist Frank Uferkamp die Monheimer Neuelternstudie in der Westdeutschen Zeitung am 23. August 2012, die tags zuvor in der Landespressekonferenz NRW vorgestellt worden war. Der Tenor der Studie, die Teil der dreijährigen wissenschaftlichen Begleitung von „Mo.Ki 0 – Frühes Fördern von Anfang an“ ist, lässt sich kaum treffender beschreiben. Mo.Ki 0 bildet den Anfang einer Präventionskette, dessen einzelne Glieder die Stadt Monheim und die AWO Niederrhein seit 2002 systematisch zusammensetzen. Wissenschaftlich begleitet wurde das Projekt durch das ISS-Frankfurt a.M. und finanziert durch die Stiftung Wohlfahrtspflege NRW und das Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen.

Ziele und Design der Studie

Drei Ziele verfolgte die Studie:

1. Informationen zu Lebenssituation und Bedarfen von Neueltern zu erhalten. Die Eltern wurden nach ihren Wünschen, Bedürfnissen sowie Unterstützungsressourcen befragt.
2. Informationen zu gewinnen über die Nutzung von Mo.Ki 0-Angeboten durch die Neueltern sowie ihre Zufriedenheit mit diesen.
3. Nutzbarmachung des Wissens für die Weiterentwicklung der kommunalen Infrastruktur und die jeweils nächsten Planungsschritte in Mo.Ki 0.

Zwischen dem 1. Januar 2009 und dem 31. März 2011 wurden 770 Neugeborene in Monheim gemeldet. 85% der Neueltern besuchten die sogenannten Erstbesucherinnen zuhause. Erstbesuche sind einer von vier Bausteinen von Mo.Ki 0 (siehe Grafik zu den Bausteinen). Während der Modellphase (2009–2011) wurden die Neueltern bei diesem Erstbesuch um die Teilnahme an der ISS-Evaluation gebeten. Gaben sie ihre Zustimmung, erhielten sie einen Fragebogen zum Ausfüllen. 80% der Neueltern gaben der Erstbesucherin ihre Zustimmung zur Evaluation. Zusätzlich fand eine schriftliche Elternbefragung nach dem ersten Geburtstag des Kindes statt. An den zwei Erhebungswellen 2010/2011 beteiligten sich 213 Familien (Rücklauf: knapp 39%).

Die Bedarfe von Neueltern sind komplex: die vier Familientypen

Um ein adäquates Unterstützungsangebot vor Ort schaffen zu können, braucht es das Wissen um Lebenszusammenhänge und nicht nur eine Auswertung einzelner sozialstruktureller Merkmale wie Migrationshintergrund, Wohnquartier, Familienform oder Einkommenssituation. Dies ist am besten

durch eine Typenbildung möglich. Vier Familientypen bildeten sich in der Monheimer Neuelternstudie heraus: die selbstorganisierte Familie, die unsichere Familie, die Risiko- und die Hochrisikofamilie.

Die Mehrheit der Monheimer Neueltern gehört zum Typ „selbstorganisiert“ (77%) und verfügt über ein tragfähiges Unterstützungsnetz aus eigener Familie, Nachbarn, Freundeskreis und öffentlichen Hilfen. Bei Fragen zur Versorgung des Babys und zum Familienleben wissen sie, wen sie fragen können und tun dies auch. Die Erwerbssituation, die finanzielle Lage und die Perspektive nach der Elternzeit sind sicher, die Eltern können sich ganz auf ihre neue Lebensphase ausrichten.

Jede sechste Familie gehört zum Typ „unsicher“ (17%). Diese Familien sind beispielsweise bezüglich der Versorgung und Beziehung zum Kind verunsichert oder befinden sich in einer prekären Erwerbs- und Finanzabsicherung. Es können auch eine fehlende (Berufs)Ausbildung oder geringe Deutschkenntnisse vorliegen, und/oder eine Doppelbelastung durch Alleinerziehung bestehen. Auffallend ist, dass diese Eltern bei der Befragung angaben, den geringsten Zugang zu sozialen Diensten zu haben und mangelndes Wissen um Angebote aufweisen. Hier besteht offensichtlich Handlungsbedarf:

Einerseits äußern diese Familien ihre Verunsicherung und signalisieren Bedarf, andererseits steht dem Bedarf die niedrigste Quote an Informiertheit und Zugang zu vorhandenen Diensten gegenüber. Für die bedarfsgerechte Weiterentwicklung der Angebote und der Strukturen in Kommunen ist es wichtig, sich gezielt mit diesem Elterntyp zu befassen.

Fünf Prozent der Monheimer Neueltern wurden aufgrund ihrer Angaben als Typ „Risikofamilie“ eingestuft. Kennzeichnend für diesen Familientyp sind Problembündelungen verbunden mit begrenzten Möglichkeiten der Selbsthilfe. Die kleinste Gruppe sind mit einem Prozent Hochrisikofamilien. Diese Familien befinden sich in multipel belastenden Lebenssituationen und weisen wenig elterliche Ressourcen auf, so dass das kindliche Wohlergehen in Gefahr sein kann. Hier ist in Monheim stets die Betreuung durch



Die vier Bausteine von Mo.Ki 0

Das Diagramm zeigt vier farbige Blöcke, die die Bausteine von Mo.Ki 0 darstellen:

- 1. Baustein: Erstbesuch** (orange)
- 2. Baustein: Familienhebammen** (blau)
- 3. Baustein: Café und mehr:** (gelb)
- 4. Baustein: Bildungsbegleiterin:** (rot)

Die zugehörigen Aktivitäten sind:

- 1. Baustein: Erstbesuch**
 - Information
 - Erstberatung
 - Bedarfseinschätzung
 - Sprechstunde
- 2. Baustein: Familienhebammen**
 - Sprechstunde
 - Geburtsvorbereitung
 - Rückbildung
 - Begleitung als Familienhebamme
 - Hebammen-Netzwerk
 - Netzwerkarbeit Allgemeiner Sozialer Dienst/ Sozialpädagogische Familienhilfe
- 3. Baustein: Café und mehr:**
 - Begegnung
 - Beratung
 - Information
 - Übersetzung
 - Kontaktstelle
- 4. Baustein: Bildungsbegleiterin:**
 - Information
 - Netzwerkarbeit
 - Öffentlichkeitsarbeit
 - Initiierung und Durchführung von Angeboten (z. B. Krabbelgruppe, Babyschwimmen usw.)
 - Qualitätssicherung bzgl. Kursleitende

den Allgemeinen Sozialen Dienst Teil der Unterstützung. Hochrisikofamilien in Angebote und in den Austausch mit anderen Familien zu integrieren, ist zudem ein Anliegen von Mo.Ki 0.

Klare Wünsche und Bedürfnisse der Neuelterne

Herausragend ist der Wunsch der Neuelterne nach außerhäuslicher Betreuung (97%), gefolgt von den Wünschen nach Informationen zu weiteren Angeboten (41%) und Kontakt mit anderen Eltern (28%). Bei der Betreuung durch Krippe, Kita oder Tagespflege geht es den Neuelterne zunächst nicht um ein konkretes Platzangebot. Vielmehr ist ihr Wunsch als Hinweis zu verstehen, wie sehr schon in dieser frühen Zeit der Elternschaft die Vereinbarkeit von Familie und Beruf die elterlichen Überlegungen prägt.

Das erste Lebensjahr: Viele Anforderungen an die Eltern

Das wichtigste Thema aller Familien im ersten Lebensjahr des Kindes ist dessen

Entwicklung, dicht gefolgt von seiner alltäglichen Versorgung. Erst beim dritt wichtigsten Thema unterschieden sich die Familientypen. Unsicheren Familien ist die finanzielle Situation, selbstorganisierten Familien dagegen das Thema „Partnerschaft/Beziehung“ wichtig.

Rolle und Aufgabenübernahme von Vätern

Der (Ehe)Partner ist der wichtigste Unterstützer der Mutter. Das gaben jeweils neun von zehn der Befragten an. Dann folgen Familie und professionelle Dienste.

Umso überraschender ist ein weiteres Ergebnis der Neuelterne studie: Jedes zehnte Neugeborene (10,5%) lebte im Familienhaushalt nur mit der Mutter, jedoch nicht mehr mit dem (leiblichen) Vater. Für Kinder sind Väter hinsichtlich der Bindung, dem Beziehungsaufbau und der weiteren Entwicklung aber unersetzbar. In Monheim fehlt jedem zehnten Kind die zweite Bezugsperson und damit auch die väterlichen Leistungen, wie die direkte Versorgung

oder die finanzielle Absicherung. Können die Mütter nicht auf familiäre Hilfen zurückgreifen, sind sie auf sich gestellt und benötigen zwangsläufig öffentliche Unterstützung. Erfolgt diese nur begrenzt, sind die Lebensverläufe von Mutter und Kind fast prognostizierbar. Bei Maßnahmen zur Unterstützung von Familien ist es daher wichtig, den Fokus auch auf die Väter zu richten und nicht nur auf die Mütter zu schauen.

AnsprechpartnerIn im ISS

Gerda Holz

Geschäftsfeldleiterin Soziale Inklusion

☎ 069/957 98 131

✉ gerda.holz@iss-ffm.de

Ludger Stallmann

☎ 069/957 98 133

✉ ludger.stallmann@iss-ffm.de

Neue ISS-Recherche zu kindbezogener Armutspräventionsansätze von Kommunen/ Kreisen

Im April 2012 lebten laut Bundesagentur für Arbeit rund 15% der unter 15-Jährigen von Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch II (SGB II). Diese Kinder und Jugendlichen sind am stärksten von einem Armutsrisiko betroffen und per se Leistungsberechtigte des Bildungs- und Teilhabepakets (BuT). Die Inanspruchnahme lag Anfang 2012 lediglich bei 59% (ohne die obligatorische Auszahlung für den Schulbedarf bei SGB II/XII-Bezug).

Um Armutsrisiken langfristig entgegenzuwirken, entwickeln immer mehr Kommunen Armutspräventionsansätze. Wie diese Ansätze aber vor Ort genau konzipiert sind und umgesetzt werden, darüber ist bislang wenig bekannt. Aus diesem Grund führten wir im ISS-Frankfurt a. M. eine erste (Internet)Vorrecherche durch.

Das überraschende Ergebnis: rund siebzig Kommunen/ Kreise konnten ermittelt werden, die bereits Konzepte zur Prävention von Kinderarmut ausgearbeitet haben. Ein Großteil dieser findet sich in Nordrhein-Westfalen, was sich möglicherweise mit dem langjährigen Engagement des LVR-Landesjugendamtes Rheinland mit der Jugendpolitischen Agenda und der Koordinationsstelle Kinderarmut erklären lässt.

Weil uns das Ergebnis neugierig gemacht hat, entschlossen wir uns, eine vertiefende Recherche durchzuführen. Bundesweit wurden Jugendämter um Beantwortung eines Fragebogens sowie um Zusendung vorhandener Konzepte, Beschlüsse und Unterlagen gebeten. Auf die Rückmeldungen sind wir nun gespannt und hoffen, mit der anschließenden Auswertung eine weitere fachlich-inhaltliche Unterstützung für Praxis und Politik zu liefern.

Ansprechpartner im ISS

Mario Puhl-Bode

☎ 069/957 98 122

✉ mario.puhl-bode@iss-ffm.de

Das Bildungs- und Teilhabepaket kommt an. Aber bei allen?

Im Jahr 2010 urteilte das Bundesverfassungsgericht, dass die Mindestsicherungsleistungen für Kinder im SGB II/SGB XII zu niedrig sind und forderte eine Neugestaltung. Auf diese Forderung antwortete die Regierung mit dem Bildungs- und Teilhabepaket (BuT). Die Leistungen aus dem BuT können Familien in prekärer Einkommenslage seit dem 1. April 2011 für ihre Kinder beantragen. Doch nicht alle Familien, die einen Anspruch auf die Leistungen haben, nutzen sie auch.

Kritik am BuT wurde von Anfang an geübt – von Kommunen, von Fachinstitutionen und anderen gesellschaftlichen Organisationen – auch, weil kurz nach Einführung des BuT nur wenige leistungsberechtigte Eltern das BuT in Anspruch nahmen. Knapp anderthalb Jahre nach Einführung des BuT liegen jetzt zwei Evaluationen vor, die sich mit der Inanspruchnahme befassen haben: der Abschlussbericht des Instituts für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik (ISG) im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales für Gesamtdeutschland sowie der Zwischenbericht der Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration (BASFI) der Freien und Hansestadt Hamburg für das Land.



Forschungsdesign und Vorgehen der Studien sind höchst unterschiedlich. Das macht einen Vergleich der Ergebnisse schwierig. Die Studien liefern aber erste Orientierungspunkte. Und sie werfen Fragen auf. Denn seit Beginn der Diskussionen um das BuT wird ein Grundanliegen politisch immer herausgestellt: Das BuT soll bei allen bedürftigen Kindern ankommen. Doch ist es das?

Laut ISG-Studie nutzen 69% der Familien mit leistungsberechtigten Kindern bis 18 Jahren Anfang 2012 mindestens eine BuT-Leistung. Ohne den persönlichen Schulbedarf, der automatisch an alle Schülerinnen und Schüler im SGB II/XII-Bezug ausgezahlt wird, beträgt die Inanspruchnahme noch 57%. Insgesamt werden BuT-Leistungen von den Eltern unterschiedlich in Anspruch genommen: nur 4% haben eine Lernförderung beantragt, der Zuschuss zum Mittagessen wird von jeder fünften Familie in Anspruch genommen und bis zu 92% erhalten den Zuschuss für den persönlichen Schulbedarf. Die BASFI-Studie enthält zwar keine Gesamtnutzungsquote, kommt bei der Analyse der Nutzung einzelner Leistungen jedoch ebenfalls zu Quoten zwischen 5% (etwa eintägige Kita-Ausflüge) und 93% (Schulbedarfspaket).

Aber was ist mit den 43% der Familien, die Anspruch auf BuT-Leistungen haben, sie aber nicht beantragen? Liegt das an bürokratischen Hindernissen, fehlt es den Berechtigten an Informationen und Unterstützung, oder liegt tatsächlich kein Bedarf vor? Die Quoten aus den genannten Studien weisen deutlich darauf hin: Es besteht weiterhin Handlungsbedarf in der Umsetzung und möglicherweise auch in der Gesetzesgestaltung des BuT. Denn die für das BuT geltende Messgröße war und bleibt 100% Inanspruchnahme. Und die ist noch nicht erreicht.

Hinweis

Die Studien sind im Internet zu finden. ISG-Studie unter: http://www.bmas.de/Shared-Docs/Downloads/DE/PDF-Publikationen/Forschungsberichte/a-410-forschungsprojekt.pdf?__blob=publicationFile
BASFI-Studie unter: <http://www.hamburg.de/contentblob/3352908/data/jahresbilanz-bildungspaket-2011-2012.pdf>

Ansprechpartnerin im ISS

Evelyn Sthamer

☎ 069/957 98 124

✉ evelyn.sthamer@iss-ffm.de

Konferenz: Neue Spielräume oder neue Beschränkungen? Soziale Innovation und Anbieter von sozialen Dienstleistungen in Europa

Mit dem Konzept „Soziale Innovation“ sind große Hoffnungen verbunden, die neuen und alten sozialen Probleme in Europa – trotz schwindender finanzieller Mittel – zu lösen. Aus diesem Grund greift die Beobachtungsstelle für gesellschaftspolitische Entwicklung in Europa das Thema soziale Innovation in der Konferenz „Neue Spielräume oder neue Beschränkungen. Soziale Innovation und Anbieter von sozialen Dienstleistungen in Europa“ auf. Am 17.–18. Dezember findet die Konferenz in Berlin statt.



Die Förderung von sozialer Innovation und Sozialunternehmern steht auf der Prioritätenliste der Europäischen Kommission. Ab 2014 wird soziale Innovation zudem Investitionspriorität in verschiedenen Förderzweigen des Mehrjährigen Finanzrahmens (MFR: der über sieben Jahre angelegte Haushalt der EU) haben. Eine Reihe von Aktivitäten und Initiativen sind aber schon jetzt auf den Weg gebracht, die die Arbeit von Sozialen Dienstleistern beeinflussen werden.

In den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union findet sich mittlerweile eine große Bandbreite von Anbietern sozialer Dienstleistungen. Ihre Arbeitsweisen unterscheiden sich und, je nach Wohlfahrtsstaatsmodell, auch die Art und Weise, wie ihre Leistungen finanziert werden. Gemeinsam ist den Anbietern bei aller Unterschiedlichkeit jedoch, dass sie versuchen, soziale Probleme in ihrem Wirkungsbereich zu lösen. Bei der Suche nach Lösungen für soziale Probleme wird die Diskussion um soziale Innovationen und um deren Chancen und Risiken an Bedeutung gewinnen. Daher lohnt sich in der aktuellen Debatte ein intensiver Blick auf den Sektor der sozialen Dienste.

Die Veranstaltung möchte die Entwicklungen in der EU-Politik der Zielgruppe, den Anbietern sozialer Dienste, weiter bekannt machen. Des Weiteren ist ein Austausch über die Frage geplant, wie soziale Innovation in den Mitgliedsländern der EU schon

jetzt geschieht und wie Anbieter sozialer Dienstleistungen in unterschiedlichen nationalen Kontexten mit Innovation umgehen. Die Konferenz verbindet Diskussionen über Politik und Praxis mit einer Mischung aus Vorträgen und Diskussionen von Referenten und Teilnehmern aus europäischen Institutionen, nationalen Regierungen, Experten aus der Praxis und Sozialunternehmern aus ganz Europa. Ziel der Veranstaltung ist es, Bereiche zu identifizieren, in denen sich gemeinsame Interessen treffen und gegenseitiges Lernen möglich wird.

Konferenzsprachen sind Deutsch und Englisch, am ersten Konferenztag auch Französisch (Simultanübersetzung).

Termin:

17./18. Dezember 2012 im pentahotel, Grünaer Straße 1, Berlin-Köpenick

Weitere Informationen

🌐 www.beobachtungsstelle-gesellschaftspolitik.eu

Ansprechpartner im ISS

Organisatorische Anfragen bitte an:

Marina Rissel

☎ 069/957 98 152

✉ marina.rissel@iss-ffm.de

Inhaltliche Anfragen bitte an:

Anna Waldhausen

☎ 069/957 98 136

✉ anna.waldhausen@iss-ffm.de

SAVE THE DATE :
05. Februar 2013

**Von der Wiege bis zur Bahre...
die UN-Behindertenrechtskonvention
einmal zu Ende gedacht**
Fachtagung Inklusion ASD

In allen Lebensbereichen sollen Menschen mit Behinderungen gleichberechtigt sein. Doch die spätestens seit der Ratifizierung der UN-Behindertenkonvention verfolgte Inklusionsstrategie geht häufig mit stärkeren Unterstützungsanforderungen von Menschen mit Behinderungen oder Beeinträchtigungen an ihre „neue“ Umwelt einher.

Wir möchten den inklusiven Gedanken aus Sicht der Menschen mit Behinderungen kritisch beleuchten und laden Sie ein, die UN-Behindertenrechtskonvention einmal zu Ende zu denken, indem wir fragen: Ist Inklusion das, was Menschen mit Behinderungen aus ihrer Perspektive wollen und brauchen? Deckt sich die Idee der Inklusion, die sich an den Bedürfnissen der Menschen mit Behinderungen orientiert, mit den Anforderungen der UN-Behindertenrechtskonvention? Oder braucht es nicht einen eindeutigen Paradigmenwechsel, der sich in allen Lebensbereichen widerspiegelt? Lassen sich alltägliche gesellschaftliche Strukturen mit den Bedürfnissen von allen Menschen und den Inklusionsforderungen vereinbaren und wie lassen sie sich vereinbaren?

Anhand von Impulsvorträgen und dazu anschließenden Workshops aus verschiedenen Perspektiven (etwa politisch, sozialunternehmerisch, kritisch oder betroffenen spezifisch) sollen Diskussionen zum Thema Inklusion in allen Lebensbereichen entstehen.

Wir freuen uns auf den Dialog mit Ihnen!

Termin:

5. Februar 2013 | 09.30 – 16:30 Uhr

Ort:

Landessportbund Hessen e. V., Otto-Fleck-Schneise 4, 60528 Frankfurt a. M.

Weitere Informationen auf unserer Website: 🌐 <http://www.iss-ffm.de>

Personalien

Marius Hilkert



Marius Hilkert ist als wissenschaftliche Hilfskraft für das Geschäftsfeld Soziale Innovation tätig, nachdem er zuvor studentische Hilfskraft war. Seine Arbeitsschwerpunkte sind die Themen „Interkulturelle Öffnung der Sozialwirtschaft“ und „Stärkung der Partizipation und Teilhabe von Jugendlichen mit Migrationshintergrund“.

Melanie Sittig



Melanie Sittig ist im Geschäftsfeld Soziale Dienste und Europa tätig. Als Absolventin des Masterstudiengangs „Forschung in der Sozialen Arbeit“ der Fachhochschule Frankfurt wirkt Melanie Sittig an den Projekten „Charta gegen Armut“ und „Kinderfreundliche Kommune“ mit.

Susanne Herda



Susanne Herda gehört ebenfalls zum Team des Geschäftsfelds Soziale Dienste. Sie ist PR-Beraterin und arbeitet im Bereich Öffentlichkeitsarbeit des Instituts.

Mario Puhl-Bode



Mario Puhl-Bode ist wissenschaftliche Hilfskraft beim ISS-Frankfurt a.M. und arbeitet im Geschäftsfeld Soziale Inklusion. Er hat in Maastricht (NL) Soziologie und Kulturwissenschaften (B.A.) studiert. Im Geschäftsfeld ist er als Unterstützung in mehreren Projekten und für die Redaktion der Zeitschrift „Migration und Soziale Arbeit“ tätig.

Impressum

Herausgeber:
Institut für Sozialarbeit
und Sozialpädagogik e. V.
Zeilweg 42 · 60439 Frankfurt am Main
www.iss-ffm.de



Das ISS e. V. wird durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Berlin, gefördert.

Verantwortlich i.S.d.P.:
Hans-Georg Weigel, Direktor

Redaktion:
Barbara Braun-Schönwandt, Susanne Herda
barbara.braun-schoenwandt@iss-ffm.de
+49 (0) 69 957 89-118

Gestaltung: www.active-elements.de
Erscheinungsdatum: Oktober 2012
Bildnachweis: © AWO Bundesverband, © ISS intern,
© Fotolia

Diese Publikation kann als PDF-Datei unter
www.iss-ffm.de heruntergeladen werden.

Fortbildungen und Fachtagungen im ISS

Unser wesentliches Anliegen ist es, Fachkräften der Sozialen Arbeit Qualifizierungsangebote zu bieten, die aktuelle Bedarfe aufgreifen, Impulse für zukunftsfähige soziale Strategien setzen und für die Praxis (weiter) qualifizieren. Durch die Auswahl unserer erfahrenen und kompetenten Referenten stellen wir eine hohe Qualität der Fortbildungen sicher.

Folgende Kursreihen stehen zur Zeit auf dem Programm:

Zertifikatskurse

Jugendhilfeplanung

5 Module à 3 oder 4 Tage
Kosten: 2.850 € zzgl. Übernachtungs- und Verpflegungskosten
In Kooperation mit dem ISA Münster e. V.
Start: 19. – 22. November 2012
(1. Modul)

Kinderschutzfachkraft § 8 SGB VIII

3 Module à 2 Tage
Kosten: 850 € zzgl. Übernachtungs- und Verpflegungskosten
Start: 22. – 23. November 2012 (1. Modul)

Qualifizierungsreihe für Fachkräfte im ASD 2013 (Kurs 4)

4 Module à 3 Tage
Kosten: 1.480 € zzgl. Übernachtungs- und Verpflegungskosten
Start: 14. – 16. Januar 2013 (1. Modul)

Anti-Aggressions-/Coolnesstraining- AAT®/CT®

8 Module à 2 bzw. 3 Tage
Kosten: 2.950 € zzgl. Übernachtungs- und Verpflegungskosten
Start: 18. – 19. Januar 2013 (1. Modul)

Aufbauseminare

Die Einbeziehung ressourcenaktivierender Techniken in die Konfrontative Pädagogik und in das AAT®/CT®-Aufbauseminar für ausgebildete AAT®/CT®-Trainerinnen / AAT®/CT®-Trainer

2 Tage
Kosten: 260,- € zzgl. Übernachtungs- und Verpflegungskosten
Start: 29. – 30. Oktober 2012

Alle Qualifizierungsangebote können wir Ihnen auf Anfrage auch als Inhouse-Fortbildung anbieten.

Fachtagungen

Familien(politik) in Bewegung

Abschlussveranstaltung des Projektes „Sport bewegt Familien – Familien bewegen den Sport“ (Veranstalter: Deutscher Olympischer Sportbund)
am 08. November 2012 in Berlin

Safer, Better, Stronger

Prävention sexualisierter Gewalt im europäischen Sport (Veranstalter: Deutsche Sportjugend) (Arbeitsprache Englisch)
am 20. – 21. November 2012 in Berlin

Orientiert am Menschen

Fachtagung für Fach- und Führungskräfte im ASD
am 21. November 2012 in Frankfurt a. M.
Teilnahmegebühr 145 €

Europäische Arbeitskonferenz:

Neue Spielräume oder neue Beschränkungen?

Soziale Innovation und Anbieter von sozialen Dienstleistungen in Europa
am 17. – 18. Dezember 2012 in Berlin

Von der Wiege bis zur Bahre ... die UN-Behindertenrechtskonvention einmal zu Ende gedacht

Fachtagung Inklusion
am 5. Februar 2013 in Frankfurt a. M.

Alle Informationen zu unseren Fortbildungen unter www.iss-ffm.de

und bei Lisa Colombo

☎ 069 / 957 89 153

✉ veranstaltungen@iss-ffm.de

Hinweis der Redaktion

In dem Artikel „Kinderfreundliche Kommunen“, erschienen auf Seite 2 der Ausgabe 03/2012 des iss-informiert, haben wir versehentlich das falsche Logo des Deutschen Kinderhilfswerks verwendet. Wir bitten um Entschuldigung. Dies ist das richtige Logo:

